

Sitzungsbericht – 12. Sitzung am 29. und 30. Jänner 2025

Der Österreichische Beirat für die Entsorgung radioaktiver Abfälle – **Entsorgungsbeirat** – kam am 29. und 30. Jänner 2025 zu seiner zwölften Sitzung zusammen. Die Ziele dieser Sitzung waren die Ergebnisse der Ausschüsse und die ersten Studienergebnisse zu präsentieren und zu diskutieren und die weiteren Arbeiten zu planen.

Hintergrund

Auf Grundlage des Nationalen Entsorgungsprogramms (2018) erarbeitet der Entsorgungsbeirat für die Bundesregierung **Entscheidungsgrundlagen und Empfehlungen zur sicheren Entsorgung** der in Österreich anfallenden schwach- und mittelradioaktiven Abfälle. Radioaktive Abfälle entstehen in Österreich aus Anwendungen in Medizin, Forschung, Industrie und aus dem Rückbau von nicht mehr benötigten Anlagen (Dekommissionierung).

Das Mandat des Entsorgungsbeirates legt die Aufgaben fest. Die vier Aufgaben laut Mandat sind:

1. **Radioaktive Abfälle in Österreich: Erhebung des Status Quo**

Ziel ist die Erhebung und Sammlung von Informationen und Daten zur Entsorgung der radioaktiven Abfälle. Einerseits soll die Bestandsaufnahme der radioaktiven Abfälle in Österreich diskutiert werden und andererseits sollen die Studien zu den bisherigen Endlageraktivitäten des Bundes evaluiert werden. Dabei soll eine konkrete Darstellung der Ist-Erhebung erfolgen. Die Daten der Ist-Situation beschreiben detailliert die Ausgangssituation und liefern die Basis für die Arbeit des Entsorgungsbeirates.

2. **Analyse der Optionen für eine Endlagerung**

Ziel ist es, eine Übersicht aller möglichen Optionen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle - einschließlich der Option einer Kooperation mit anderen Ländern - mit ihren erforderlichen Voraussetzungen, Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken sowie einer ersten Kostenabschätzung in Form eines Dokumentes zu erstellen.

3. Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Öffentlichkeit

Ziel ist es, Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Bevölkerung (auch grenzüberschreitend) am Weg zu einem Endlager für radioaktive Abfälle in Österreich unter Berücksichtigung von technischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Aspekten zu entwickeln. In diesem Konzept sollen Empfehlungen enthalten sein, wie und wann die Bevölkerung informiert, beteiligt und in Entscheidungen miteinbezogen wird.

4. Erstellung eines zeitlichen Ablaufs für die Entsorgung radioaktiver Abfälle

Ziel ist es, einen Entwurf für den Zeit- und Ablaufplan zur Entsorgung der in Österreich angefallenen radioaktiven Abfälle zu erstellen. Dieser Entwurf soll, wenn möglich, maßgebliche Zwischentappen („Meilensteine“), Leistungskennzahlen und klare Zeitpläne für das Erreichen dieser Zwischentappen enthalten.

Die Empfehlungen, die der Entsorgungsbeirat zu den einzelnen Mandatspunkten erarbeitet, werden der Bundesregierung übermittelt und dienen als Entscheidungsgrundlage für weitere Schritte.

Der Entsorgungsbeirat setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, NGOs, Bund und Ländern, sowie der Zivilgesellschaft zusammen. Den Vorsitz dieses Gremiums hat Silvia Benda-Kahri vom Umweltbundesamt inne.

Rückblick

Im Rahmen der 11. Sitzung wurde der Bericht des Entsorgungsbeirates mit allen bisherigen Empfehlungen und den dazugehörigen Anhängen an die Bundesregierung übergeben.

Um die Arbeiten des Entsorgungsbeirates fortzuführen, wurde das Mandat bis Ende 2025 verlängert. Die Ausschüsse haben sich neu formiert und ihre Arbeitsplanung für die Zeit der Mandatsverlängerung festgelegt.

Ergebnisse der 12. Sitzung:

Im Rahmen der 12. Sitzung des Entsorgungsbeirates wurden erste Ergebnisse der durchgeführten Studien präsentiert und diskutiert.

Die weiteren Ergebnisse der 12. Sitzung des Entsorgungsbeirates werden anhand der Mandatspunkte dargelegt.

Punkt 1: Radioaktive Abfälle in Österreich: Erhebung des Status Quo

Die Studie „Chemische Stoffe in radioaktiven Abfällen und Bewertung ihrer Freisetzung“ befindet sich derzeit in Ausarbeitung. Mit ersten Ergebnissen ist im Frühjahr 2025 zu rechnen.

Ergebnisse

Die Studie „Chemische Stoffe in radioaktiven Abfällen und Bewertung ihrer Freisetzung“ wird entsprechend dem Outline erarbeitet.

Punkt 2: Analyse der Optionen für eine Endlagerung

Die Studie „Ableitung von Referenzwerten für langlebige Radionuklide im österreichischen Endlager“ wurde vorgestellt und diskutiert. Anhand der Diskussion wird diese nun überarbeitet.

Ergebnisse

Die Studie „Ableitung von Referenzwerten für langlebige Radionuklide im österreichischen Endlager“ wird anhand der Rückmeldungen aus dem Entsorgungsbeirat von den Studienautor:innen finalisiert.

Punkt 3: Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Öffentlichkeit

Der Ausschuss „Rahmenbedingungen für die Einbindung der Öffentlichkeit“ stellte seine weiteren Überlegungen zum Beteiligungskonzept vor. Die Studie „Zur Einbeziehung sozioökonomischer Standortkriterien“ wurde präsentiert und diskutiert. Außerdem wurde ein Feinkonzept zum Informationszentrum vorgestellt und besprochen. Die Studie und das Feinkonzept sollen im Anschluss an die Sitzung finalisiert werden.

Ergebnisse

Die Studie „Zur Einbeziehung sozioökonomischer Standortkriterien“ sowie das Feinkonzept für das Informationszentrum werden anhand der Rückmeldungen aus dem Entsorgungsbeirat von den Studienautor:innen finalisiert.

Punkt 4: Zeit- und Ablaufplan

Der erstellte Zeit- und Ablaufplan wird laufend von der Geschäftsstelle aktualisiert.

Die 13. Sitzung des Entsorgungsbeirates wird am 4. und 5. Juni 2025 abgehalten.

Sitzungsteilnehmer:innen

Entsorgungsbeirat

Rene Albert (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)

Roman Beyer knecht (Nuclear Engineering Seibersdorf)

Manfred Ditto (Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz)

Ulrike Felt (Universität Wien, Institut für Wissenschafts- und Technikforschung)

Bernhard Haubenberger (Gemeindebund)

Patricia Lorenz (Global 2000)

Benedikt Montag (Bundesministerium für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport)

Monika Mörth (Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft)

Gabriele Mraz (Österreichisches Ökologie-Institut)

Nikolaus Müllner (Universität für Bodenkultur Wien, Institut für Sicherheits- und Risikowissenschaften)

Anna Muner-Bretter (Bundeskanzleramt)

Wolfgang Piermayr (Amt der Oberösterreichischen Landesregierung)

Ewald Plantosar (Amt der Steiermärkischen Landesregierung)

David Reinberger (Österreichische Umwelt- und Naturschutzanwaltschaft)

Gerhard Seifritz (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung)

Angelika Spieth-Achnich (Öko-Institut e. V.)

Johannes Sterba (Technische Universität Wien, CLIP)

Erik Tajalli (Bundeskanzleramt)

Hannelore Weck-Hannemann (Universität Innsbruck, Institut für Finanzwissenschaft)

Weitere Teilnehmer:innen

Silvia Benda-Kahri (Umweltbundesamt) Vorsitz

Sabine Kranzl (Umweltbundesamt) Co-Vorsitz

Barbara Hofbauer (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)

Claudia Ackerl (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)

Christina Raith (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)

Roman Zöchling (Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie)

Henriette Herzog (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)
Geschäftsstelle

Christian Katzlberger (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)

Sonja Rosenitsch (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)

Katharina Schmidt (Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH)
Geschäftsstelle

Impressum oder Rückfragehinweis oder Datenschutzinfo

Medieninhaber, Verleger und Herausgeber:

Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie

Untere Donaustraße 11, 1020 Wien

Stand: 3. Februar 2025

Telefon: +43 1 71100 61 4195

E-Mail: v8@bmk.gv.at

Erstellt von

Österreichischer Beirat für die Entsorgung radioaktiver Abfälle

Geschäftsstelle

E-Mail: kontakt@entsorgungsbeirat.gv.at

Erstellt am: 3. Februar 2025